

Beteiligungskonzeption

1. Beteiligungsgegenstand und Zielsetzungen

Kommunales Integrationskonzept Oberhausen (Fortschreibung)

Ziel des datenbasierten Planungsvorhabens ist es, das Kommunale Integrationskonzept Oberhausen (KIKO) in Richtung eines "Strategieplans" weiterzuentwickeln bzw. fortzuschreiben. In diesem sollen insbesondere

- die Leitziele des Kommunalen Integrationskonzeptes aktualisiert
- und in konkrete, überprüfbare (mittelfristige) strategische Zielsetzungen überführt werden sowie
- Handlungsschwerpunkte (Vorgehensweisen zur Zielerreichung) und
- Zielverantwortlichkeiten verbindlich festgelegt werden.

Eine wesentliche Planungsgrundlage bildet das Indikatorenset des "Oberhausener Integrationsmonitoring".

2. Rahmenbedingungen/Punkte die vorab zu klären sind

Der Gestaltungsspielraum des Beteiligungsprozesses umfasst die Formen Anhörung, Beratung und Mitwirkung.

Dem Integrationsrat (Interessenvertretung der Oberhausenerinnen und Oberhausener mit Zuwanderungsgeschichte) kommt bei der politischen "Begleitung" des strategischen Planungsprozesses eine zentrale Rolle zu.

Nach der politische Beschlussfassung des Rates zum "Strategieplan" werden im Rahmen des nachgelagerten Umsetzungsprozesses weitere Entscheidungen und (operative) Planungen erforderlich sein. Die Zuständigkeit für die Realisierung der entsprechenden Beteiligungsverfahren obliegt in diesem Fall der jeweils thematisch zuständigen Fachverwaltung.

3. Auswahl und Ansprache der zu Beteiligten

Die Zielgruppe umfasst zu Beteiligende aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Vereine/Verbände und Bürgerschaft (nicht-organisierte Bürger/innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte).

Um ein möglichst breites "Bündnis für Integration" zu etablieren, wird einmal pro Jahr eine "Konferenz für Vielfalt und Integration" durchgeführt. Zusätzlich wird im weiteren Prozessverlauf ein Arbeitskreis (AK) für "Vielfalt und Integration" (Arbeitstitel) etabliert, der sich aus bis zu 20 Vertreterinnen und Vertreter der sog. "Stadtgesellschaft" (Vereine, Verbände, Initiativen, Bürgerschaft, nicht-kommunale Behörden usw.) zusammensetzt und mindestens zweimal pro Jahr tagt. Im Bedarfsfall werden weitere Sitzungen durchgeführt. Zu dessen Aufgabenstellung gehören insbesondere

- die Mitwirkung an der kommunalen Strategieplanung
- die Beratung der Ergebnisse der "Konferenz für Vielfalt und Integration" sowie
- der Erörterung aktueller integrationspolitischer Fragestellungen.

Ergänzend dazu werden im 2-Jahres-Rhythmus die Oberhausener Bürgerinnen/Bürger mit und ohne Zuwanderungsgeschichte im Rahmen der turnusmäßigen "Bürgerbefragung" u.a. zu integrationsrelevanten Fragestellungen befragt. Die Auswertungsergebnisse fließen in den Planungsprozess ein.

4. Prozessplanung

Die nächste Konferenz für "Vielfalt und Integration" wird im 2. Quartal 2019 in Kooperation mit dem Integrationsrat der Stadt Oberhausen durchgeführt.

5. Finanz- und Personalressourcen (Mehrfachnennung möglich)

im Rahmen der Arbeitszeit der städtischen MitarbeiterInnen

Begleitung durch Stadtteilbüros

zusätzliche Finanz- und Personalressourcen (z. B. externe Moderation)

Finanzielle Ressourcen für externe Moderation und ggf. weitere anfallende Kosten (wie z.B. Raummiete)

6. Öffentlichkeitsarbeit (*Mehrfachnennung möglich*)

Pressemitteilung Veröffentlichung im Kalender Bürgerbeteiligung Flyer Plakate

Einwurfsendungen Veröffentlichung im Oh! Stadtmagazin Sonstiges: Klicken Sie hier, um sonstige Öffentlichkeitsarbeit einzugeben.

7. Dokumentation

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden über Dokumentationen/Protokolle dokumentiert.

8. Ergebnisreflexion und –transfer

Die Ergebnisse werden ausgewertet, in den zuständigen Gremien diskutiert und im Rahmen der Planung der Verwaltung berücksichtigt.